

Ordnungspolitik in der Krise

Deutschland steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Banken taumeln, Unternehmen gehen Pleite, die Arbeitnehmer sehen ihren Arbeitsplatz in Gefahr, die Angst vor der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung ist überall präsent. Auch die chemische Industrie ist von den Folgen der globalen Rezession hart betroffen. Bundesweit mussten die Chemieunternehmen im ersten Quartal 2009 Umsatzrückgänge von 19 % verkraften, in Bayern sogar 28 %. Der Kostendruck steigt enorm. Mit allen zur Verfügung stehenden Gestaltungsmöglichkeiten versucht die Branche, die Beschäftigung soweit wie möglich zu stabilisieren. Man hat mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz und den beiden Konjunkturpaketen Handlungsfähigkeit bewiesen. Allerdings hat man im Hinblick auf die Ordnungspolitik gewaltige Risse im Gebäck verursacht. Eine geordnete Insolvenz von Opel, begleitet vom Staat, hätte beweisen können, dass eine Pleite auch ein Neuanfang sein kann. Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört der Erfolg ebenso wie der Misserfolg. Misserfolg muss aber nicht zwangsläufig das Ende bedeuten.

BDI und BDA haben anlässlich der Handwerksmesse in München Mitte März 2009 an die Politik appelliert, einen ordnungspolitischen Kurs beizubehalten. Staatliche Hilfen für Firmen würden immer zu Wettbewerbsverzerrungen führen – so der Appell. Sie dürften deshalb nur in sehr speziell gelagerten Ausnahmefällen, nur zeitlich befristet und nur bei begründeter Aussicht auf eigenständige Existenzsicherung im Rahmen der bewährten Instrumente erfolgen.

Wer wie bei Opel das Wort Insolvenz als Marktradikalismus verunglimpft und das Verfahren bei „systemrelevanten“ Unternehmen als inakzeptabel einstuft, handelt absolut verantwortungslos – außerdem ist es eine Bankrotterklärung in Bezug auf die Kenntnis der Rechtsordnung. Der sozialen Marktwirtschaft ist die Möglichkeit einer Insolvenz immanent – vor zehn Jahren war nach langem Ringen eine neue Insolvenzordnung in Kraft getreten, um Unternehmen eine echte Chance zur Sanierung, zum Neuanfang und zur Rettung von Arbeitsplätzen zu geben.

Die Wettbewerbskommissarin der Europäischen Union, Frau Nelia Kroes, hat zunächst verhindert, dass ein zweiter großer ordnungspolitischer Sündenfall nach der Entscheidung der Bundesregierung über eine Milliardenbürgschaft für Opel erfolgt. Sie hat Staatshilfen für den Kaufhaus- und Reisekonzern Arcandor verboten, was rechtlich folgerichtig, wettbewerbspolitisch konsequent und ökonomisch sinnvoll ist. Staatsbürgschaften aus dem Rettungsfonds zur Überwindung der Finanzkrise dürfen nicht an Unternehmen fließen, die lange vor der Bankenmisere nicht mehr überlebensfähig waren. Abzuwarten bleibt, was - ggf. mit Blick auf Wahlen - endgültig entschieden wird.

Mitte des Jahres 2008 haben die Chemie-Sozialpartner BAVC und IG BCE eine erste maßgebliche Stufe des sogenannten Wittenberg-Prozesses abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Sozialpartner-Vereinbarung „Verantwortliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft“ Mitte August 2008 in Berlin wurde von Bundespräsident Horst Köhler in einer Grundsatzrede öffentlich nachdrücklich begrüßt. In fünf Themenbereichen verständigte man sich in der chemischen Industrie auf Leitlinien, die gerade in der nun alle Bereiche erfassten, ganz maßgeblichen Krise eine außerordentlich hohe Wertigkeit einnehmen. Danach heißt verantwortlich Handeln, dass soziale Marktwirtschaft nachhaltigen unternehmerischen Erfolg benötigt, dass Nachhaltigkeit eine vernünftige Balance von Ökonomie, Ökologie und Sozialem erfordert, dass gute Arbeit Respekt, Fairness, Vertrauen und Verantwortung bedingt, dass der Globalisierung Fairness immanent sein muss und dass nachhaltiger Erfolg Qualifikation und Engagement braucht.

Tarifpolitik 2009

Im April 1949 setzte der Wirtschaftsrat der westlichen Besatzungszonen noch vor der Gründung der Bundesrepublik das Tarifvertragsgesetz in Kraft, das die Rahmenbedingungen von kollektiven Lohnvereinbarungen festlegte. „Die Tarifautonomie hat sich insgesamt betrachtet bewährt, sie ist eine tragende Säule der sozialen Marktwirtschaft“, so die BDA. „Tarifverträge sind tragende Säulen des Sozialstaates, bedeuten sozialen Frieden und bringen Standortvorteile“, so der DGB. Die Geschichte der Tarifautonomie ist vielschichtig und weist sehr unterschiedliche Facetten auf. Die für Gewerkschaften besonders öffentlichkeitswirksamen Erfolge liegen weit zurück. So erfolgte z.B. in 1956/57 ein Arbeitskampf in der Schleswig-Holsteinischen Metallindustrie, der nach 117 Tagen Dauer zu einer Tarifregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall führte, die später via Gesetz zum Anspruch für alle ausgebaut wurde. Ebenfalls 1956 begann der Kampf für Arbeitszeitverkürzungen - erst für die 5-Tage-Woche („samstags gehört Vati mir“), in den 80er Jahren dann für die 35-Stunden-Woche. In den letzten rund zehn Jahren muss der große Mitgliederschwund im DGB mit insgesamt ca. minus 18 % (von 7,8 auf 6,3 Mio. Mitglieder) als Dominante in der Gewerkschaftsgeschichte genannt werden. Die Verbreitung kleinerer Betriebs-einheiten und die Tendenz zur Individualisierung, die auch anderen „großen“ Organisationen wie politischen Parteien und Kirchen erhebliche Probleme bereiten, hinterlassen deutliche Spuren in der Organisationsstärke. Außerdem haben sich seit 2001 im Verkehrs- und Gesundheitssektor Spezialgewerkschaften tarifpolitisch selbständig gemacht, die z.B. für Ärzte, Lokführer oder Piloten bessere Abschlüsse als in der übrigen Fläche erstreikten. Die Pilotenvereinigung Cockpit sowie die unabhängige Flugbegleiter-Organisation UFO haben nur jeweils gut 8.000 Mitglieder, die Fluglot-sengewerkschaft GdF kommt nicht einmal auf halb so viel. Trotzdem sind die Berufsgewerkschaften durchsetzungsfähig, weil ihre Mitglieder an Schaltstellen sitzen. Die Spartenvertreter müssen so hoch pokern, um sich gegenüber den etablierten Branchengewerkschaften zu behaupten. Die Letztgenannten „drehen den Spieß mittlerweile um“, weil sie weitere Abspaltungen befürchten, und setzen ebenfalls auf höhere Abschlüsse.

Die Chemieindustrie hat gerade das schlechteste Quartal seit Jahrzehnten verkraften müssen - trotzdem ist die Branche bisher weitgehend ohne betriebsbedingte Kündigungen ausgekommen. Das Credo lautet nach wie vor, dass der Arbeitsplatzabbau ultima ratio ist und bleibt. In der chemischen Industrie wurde schon seit vielen Jahren eine große Anzahl von Flexibilisierungsinstrumenten im Flächentarifvertrag verankert, die heute den Firmen Entlastungsvereinbarungen ermöglichen. Beispielfähig seien hier der Entgeltkorridor, die Verschiebung oder Absenkung der Jahresleistung bzw. des zusätzlichen Urlaubsgeldes sowie der Arbeitszeitkorridor genannt. Geboten ist bei einem objektiv vorhandenen und nachprüfbar Bedarf eine rasche und nachvollziehbare Entscheidungsfindung durch die Tarifvertragsparteien. Sehr hilfreich ist in diesem Zusammenhang die gemeinsame Erklärung von BAVC und IG BCE zur Nutzung der tariflichen Flexibilisierungsinstrumente vom 25.05.2009, in der u.a. die unternehmensindividuelle Nutzung, die Möglichkeit der Kombination der einzelnen Instrumentarien und der Ausschluss einer Reihenfolge für den Einsatz der Kurzarbeit und der Nutzung der tariflichen Flexi-Instrumente ausdrücklich festgehalten sind.

Die Umsetzung des Tarifvertrages „Lebensarbeitszeit und Demografie“ wird - verständlicherweise - teilweise überlagert von den aktuellen Notwendigkeiten in den einzelnen Firmen. Im Regelfall sollte aber doch im zweiten Halbjahr eine Entscheidung über die Zweckverwendung des Demografiebetrages erfolgen.

Wirtschaftliche Lage

Zum Jahresbeginn 2008 legte die bayerische chemische Industrie trotz deutlich schwieriger werdender Rahmenbedingungen, (starker Euro, gravierende Steigerungen bei den Energie- und Rohstoffkosten, konjunktureller Rückgang in den USA) wieder einen guten Start hin. Die Wachstumsgeschwindigkeit verringerte sich allerdings gegenüber dem Vorjahreswert (6 %) bereits spürbar, die Chemieproduktion stieg im ersten Halbjahr nur noch um 3 %. Mitte des Jahres wurde immer deutlicher, dass schwierige Zeiten auf die gesamte Wirtschaft und damit auch auf die bayerische chemische Industrie zukommen würden. Im 3. Quartal musste in vielen Bereichen die Produktion wegen einer immer schwächer werdenden Nachfrage zurückgefahren werden. Im 4. Quartal 2008 schließlich brach die Chemieproduktion auch in Bayern überraschend stark ein, der Umsatz schmolz entsprechend ab. Für das Gesamtjahr 2008 konnte die Zahl der Beschäftigten (Stichtag: 30.09.2008) mit 60.300 noch um 0,3 %-Punkte erhöht werden, aufgrund des guten ersten Halbjahres stieg auch der Umsatz noch um 3,2 % auf über 16,8 Mrd. € der Auslandsumsatz um 5,5 % auf 8,7 Mrd. € damit beträgt der Anteil am Gesamtumsatz 51 %. Die Entwicklung wird aber bei den Quartalszahlen sichtbar: Während beim Umsatz noch Steigerungen in den ersten drei Quartalen um 6,5 %, 8,1 % und um 9,9 % gegenüber den Vorjahres-Quartalen zu verzeichnen war, brach der Umsatz im 4. Quartal um 3 % ein. Die Spartenentwicklungen im Vorjahr waren vor diesem Hintergrund noch recht unterschiedlich. Während konsumnahe Bereiche, wie z.B. Kosmetik, Körperpflegemittel, Lebensmittel und Gesundheit diese Abwärtsbewegung im 4. Quartal nicht so zu verzeichnen hatten, waren diejenigen Bereiche, die in die weiterverarbeitende Industrie lieferten, deutlich von Rückgängen gezeichnet. Anorganische Grundstoffe konnten insgesamt noch mit einem moderaten Wachstum das Jahr 2008 beschließen, Kunststoffe in Primärformen aufgrund des sehr guten ersten Halbjahres noch einmal fast 14 % zulegen, organische Grundstoffe verloren hingegen im Jahresdurchschnitt bereits fast 14 %. Stabil hielt sich die Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten mit einem Umsatzwachstum von knapp 2 %. Chemiefasern, eine in Bayern überproportional stark angesiedelte Sparte, verloren im Gesamtjahr fast 9 % vom Umsatz. Ihr Exportanteil beträgt mittlerweile fast 64 %.

Die Talfahrt der bayerischen chemischen Industrie hat sich im 1. Quartal 2009 in nahezu allen Sparten fortgesetzt. Produktion, Umsatz und Erzeugerpreise gingen im Vergleich zum Vorquartal nochmals deutlich zurück, gegenüber den Vorjahreswerten wird dies besonders deutlich. So lag der Umsatz im 1. Quartal 2009 in der bayerischen chemischen Industrie um 28 % unter dem Vorjahreswert, der Auslandsumsatz dabei um 22,5 %, der Inlandsumsatz um 34 %. Auch bei der Zahl der Beschäftigten zeigte die Entwicklung erste dramatische Spuren, sie nahm gegenüber dem Vorjahreswert um über 5 % ab. Viele Anlagen blieben wegen der weltweit schwachen Nachfrage der industriellen Kunden nach Chemikalien abgeschaltet, die Kapazitätsauslastung sank im 1. Quartal bundesweit auf rd. 72 %. Erste Signale lassen allerdings hoffen, dass sich eine Stabilisierung abzeichnet, wichtige Auslandsmärkte scheinen sich wieder positiver zu entwickeln. Derzeit geht man in der Chemieindustrie deutschlandweit von einem Rückgang der Produktion in 2009 um rund 10 % aus und erwartet einen um 12 % sinkenden Branchenumsatz. Die politischen Rahmenbedingungen müssen für die Industrie verbessert werden, insbesondere bei der für die chemische Industrie außerordentlich wichtigen Versorgung mit Energie müssen Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit durch entsprechende Rahmenbedingungen der Politik gewährleistet werden.

EU-Politik

Am 07.06.2009 wurde ein neues Europaparlament gewählt. Deutschland hat 99 von insgesamt 736 Sitzen. Aus Bayern kommen 15 Abgeordnete, 8 davon aus der CSU, 3 von der SPD, 2 von den Grünen, 1 von der FDP und 1 von den Linken. Das Europaparlament hat in den vergangenen Jahren einen deutlichen Machtzuwachs erhalten. 2/3 aller europäischen Gesetze werden mittlerweile in sog. Mitentscheidungsverfahren von Parlament und Ministerrat verabschiedet. Sollte der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, würde sich dieses Mitentscheidungsverfahren noch um die Bereiche Inneres und Justiz erweitern. Die EU-Abgeordneten können dann beinahe jedes Gesetz aktiv beeinflussen. Um eine adäquate Interessenvertretung Bayerns im Europaparlament zu gewährleisten, war eine gute Wahlbeteiligung im Land erforderlich. Der Verband hatte sich deshalb an die Firmen gewandt mit der Bitte, in ihrem Umfeld und bei ihren Mitarbeitern für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu werben. Das Europäische Parlament hatte sich bereits in der letzten Legislaturperiode intensiv und parteiübergreifend mit Energie-, Klima- und Umweltpolitik befasst. Alles Themen, die auch die chemische Industrie maßgeblich betreffen. Marktwirtschaftliche Ansätze werden hier nur bei einigen Parteien deutlich. So wehrten sich z.B. nur die CSU-Abgeordneten geschlossen gegen die neue Emissionshandelsrichtlinie, die erhebliche Wettbewerbsnachteile für die stromintensive Industrie und insbesondere für die Chemie in Europa bringen wird. Auch bei der Verabschiedung der REACH-Verordnung setzten sich die bayerischen CSU-EU-Abgeordneten zusammen mit Konservativen (EVP) und den deutschen Abgeordneten aus dem Block der Liberalen für praktikablere Lösungen ein, während Liberale aus anderen Ländern gemeinsam mit den Sozialisten, der Linksfraktion und den Grünen, aber auch einige Konservative aus dem europäischen Ausland für weitere Verschärfungen der Verordnung votierten. Das Ergebnis, das schließlich im sog. Trilog-Verfahren zwischen Rat, Kommission und Parlament gefunden wurde, die heute gültige REACH-Verordnung, ist bekannt.

Die EU-Kommission als Initiator der Gesetzgebung muss sich nicht vor dem Wähler verantworten. Hier besteht nach wie vor ein Demokratiedefizit in Europa. Es wird deshalb auch in Zukunft immer wichtiger, dass die Interessen der bayerischen Chemie bei den bayerischen Europaabgeordneten platziert und sie für die Situation der Branche sensibilisiert werden, und zwar noch stärker, als dies bereits in der Vergangenheit geschehen ist. Schließlich befasst sich Europa nicht nur mit Energie, Umwelt und Klima, sondern auch mit Forschung, Innovation, Binnenmarkt, Verbraucherschutz, Rechtsfragen, Verkehr, Arbeitsschutz, Sozialpolitik und vielen weiteren Themen.

Ursprünglich wurde die Europäische Gemeinschaft als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Im Zuge der Bestrebungen, den europäischen Binnenmarkt um eine „soziale Komponente“ zu erweitern und die Sozialpolitik stärker in Europa zu verankern, wurden die sozialpolitischen Kompetenzen der EU mit den Revisionen des EG-Vertrags mehrfach ausgeweitet. Inzwischen hat die EU im Bereich des Arbeitsrechts und der Arbeitsorganisation eine Vielzahl von Richtlinien und Verordnungen erlassen, die als Mindestvorschriften auf die Sozialordnungen der EU-Mitgliedsstaaten einwirken. Ergänzt werden die Vorschriften durch Rahmenabkommen zwischen den europäischen Sozialpartnern, z.B. zu Elternurlaub, Teilzeitbeschäftigung und befristeten Arbeitsverträgen. Damit ist stichwortartig die Bedeutung der Weichenstellungen auf europäischer Ebene für die Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgezeigt. Unterstützend bringt sich der Verband bei der Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel ein, zuletzt im Gespräch mit der Europaministerin Frau Müller.

Aus der Arbeit des VBCI

Ein Arbeitgeberverband ist so durchsetzungsfähig und homogen in seiner Interessenvertretung, wie intensiv und nachhaltig sich die Mitgliedsfirmen durch ihre Repräsentanten in die interne Meinungsabstimmung und -bildung einbringen. Dabei hat eine Branchenorganisation sternförmig nach außen zu wirken gegenüber Legislative, Exekutive, politischen Parteien, Gewerkschaften und Öffentlichkeit. Ein Arbeitgeberverband lebt, agiert und bewegt in dem Maße, wie die Mitglieder sich in den verfolgten Zielvorstellungen wiederfinden und damit identifizieren können.

Der VBCI ist eine Organisation, deren Mitgliederzahl in der Vergangenheit außerordentlich konstant war und bis heute ist. Damit ist wohl zu Recht ableitbar, dass das gerade beschriebene Zusammenwirken funktioniert und eine praxisorientierte Interessenvertretung gewährleistet ist. Dies hängt offenbar damit zusammen, dass nicht nur Gremien gewählt und Ausschüsse je nach Bedarf themenorientiert gebildet werden, sondern auch mit der Tatsache, dass sich sehr viele sachkundige Damen und Herren für intensive Mitarbeit zur Verfügung stellen, wobei bei allen Zusammenkünften ein außerordentlich offener und vertrauensvoller Erfahrungsaustausch prägend ist. Der VBCI sorgt auch dafür, dass die Stimme der bayerischen Chemie in der branchenübergreifenden Organisation der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, im Bundesarbeitgeberverband Chemie und auch auf europäischer Ebene über die bayerischen EU-Parlamentarier zielgerichtet zum Tragen kommt. Der Tarifpolitische Ausschuss musste im Berichtszeitraum seiner Aufgabe, Tarifverträge aller Art und sonstige Vereinbarungen mit den Gewerkschaften vorzubereiten und die betreffenden Verhandlungen zu begleiten, nicht nachkommen, da im Frühjahr 2008 bekanntlich ein Tarifabschluss getätigt wurde, der bei den Entgelttarifverträgen eine 25-monatige Laufzeit beinhaltet.

Der Sozial- und Personalpolitische Ausschuss befasste sich traditionsgemäß mit den komplexen „Tarifpolitik“, „Gesetzgebung“ und „Rechtsprechung“ auf nationaler und europäischer Ebene, stimmte sich permanent über die Umsetzung des Tarifvertrages „Lebensarbeitszeit und Demografie“ ab, behandelte Themen wie „Internet-, Intranet- und E-Mail-Einsatz am Arbeitsplatz“ sowie „Verfall von Urlaubsansprüchen bei lang anhaltender Arbeitsunfähigkeit“ und informierte sich reziprok über alle maßgeblichen Entwicklungen und Fallgestaltungen in den Firmen vor Ort. Die vom SPA initiierten Arbeitsgruppen „Führungskräftenachwuchs im Personalwesen“, „Personalentwicklung“ und „SAP“ tagten genauso wie die Personalleiterkreise und sonstige Ad-hoc-Kreise für speziell anstehende Themen. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss, der stets mit dem Beirat des VCI-Landesverbandes Bayern gemeinsam tagt, pflegte einen Erfahrungsaustausch mit Herrn Johannes Singhammer, mdB, wobei die Themen „Energie“ und „Umweltpolitik“ im Fokus der Diskussion standen.

Der Arbeitskreis „Berufsausbildung“ stimmte sich über aktuelle Themen ab, wie z.B. die Aktion „Mathe Plus“, und war mitwirkend bei der Umsetzung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“, wobei im letzten Jahr ein exorbitant gutes Ergebnis erzielt werden konnte, da gegenüber dem Basisjahr 2003 über 16 % mehr Ausbildungsplätze von den bayerischen Firmen angeboten wurden.

Es fanden wieder Seminare zum Kündigungsrecht, zum Betriebsverfassungsrecht, zum Bundesentgelttarifvertrag, zu den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Neuerungen im Jahr 2008/2009 sowie die immer wieder angebotene viertägige Seminarreihe für Personalmitarbeiter statt. Aktuell informiert werden die Firmen durch den wöchentlich erscheinenden Newsletter und das Extranet des VBCI.

Aus der Verbandsarbeit

Der Landesverband führte eine Reihe von politischen Gesprächen mit Abgeordneten des bayerischen Landtags und Kabinettsmitgliedern genauso wie mit Spitzenbeamten der bayerischen Ministerien, um seine Positionen und Vorstellungen zu verdeutlichen. Im Hinblick auf Entscheidungen der EU-Kommission und des EU-Parlaments haben sich Allianzen mit Nachbarländern bewährt. Mit dem Chemieverband Sloweniens, mit der tschechischen Republik und mit Österreich wurden gemeinsame Positionen erörtert und z.B. Möglichkeiten für F+E-Projekte und EU-Fördermöglichkeiten beraten, die nur in einer engeren mehrstaatlichen Zusammenarbeit realisiert werden können. Auch die Abstimmungsgespräche mit dem Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs zu Umweltthemen, aktuell zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, zu REACH und zu GHS wurden fortgesetzt.

Die Beratungen zu einem 4. Umweltpakt als Nachfolger des noch bis 2010 geltenden Paktes sollen zum Titel „Umweltverträgliches Wirtschaftswachstum“ und zum Verzicht auf die bisher üblichen Einzelverpflichtungen führen. Im Umweltpakt 2005 waren eine Reihe von Foren zwischen Wirtschaft und Staat vereinbart worden, in denen relevante Fragestellungen behandelt und möglichst gelöst werden sollten. Das Forum Stoffpolitik, dessen Vorsitz beim Chemieverband liegt, ist mit der Abstimmung und Erläuterung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung stoffbezogener Normen befasst. Im Forum Deregulierung, in dem der Verband auch maßgeblich mitgearbeitet hat, wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass die bayerische Staatsregierung sich einer integrierten Vorhabensgenehmigung im vom Bundesumweltministerium geplanten Umweltgesetzbuch nachhaltig widersetze, so dass dieses Gesetzesvorhaben in der vorgesehenen Form scheiterte.

Seit einigen Jahren verstärkt der Verband sein Engagement durch Präsenz bei diversen Ereignissen mit eigenen Messeständen. Sehr erfolgreich ist die Beteiligung im Rahmen der Wirtschaftsausstellung zum CSU-Parteitag, die eine Vielzahl von politischen Kontakten ermöglicht. Dazu gehört die Beteiligung des Verbandes am Life Science-Kongress von Bayern Innovativ als Partner.

Der Arbeitskreis Umwelt des Landesverbandes, der überwiegend gemeinsam mit dem Umweltausschuss der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft tagt, formulierte seine Vorstellung u.a. zum integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung (Meseberger Programm), zur IVU-Richtlinie der EU-Kommission, zum Aktionsplan der EU über Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum, zur Ökodesign-Richtlinie und zur Novellierung der europäischen EMAS-Verordnung (Öko-Audit). Im bayerischen Gesetzesvollzug bleibt ein wesentliches Thema die Privatisierung der Regelüberwachung der nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen. Der Arbeitskreis Energie formulierte seine Vorstellungen zur bayerischen Energiepolitik in einem Positionspapier, das derzeit gegenüber der Politik publiziert wird. Der Arbeitskreis Forschung begleitete intensiv die weitere Entwicklung des Chemieclusters in Bayern, informierte über die mit maßgeblicher Unterstützung durch die bayerischen Chemieverbände ins Leben gerufene Patentallianz Bayern, die allen Mitgliedsfirmen ein Erstzugriffsrecht auf vier Wochen befristet auf Patente aus bayerischen Universitäten ermöglicht, und erweiterte seine Kontakte zu Universitäten sowie zu Forschungseinrichtungen.

Intensive Kontakte zu Schülern, Lehrern und Universitäten werden vom Verband seit jeher als Schwerpunkte behandelt - die Fortbildungsveranstaltungen, die Schülertage Chemie an bayerischen Universitäten und der Wettbewerb „Jugend forscht“ werden stellvertretend für die zahlreichen Aktivitäten genannt.

Energieversorgung überlebenswichtig

Die chemische Industrie als bedeutendster industrieller Stromverbraucher hat schon in der Vergangenheit sowohl aus Kostengründen als auch im Sinne der Responsible Care-Initiative die Potentiale für einen sparsamen und optimierten Energieeinsatz umgesetzt. Trotzdem bleibt die chemische Industrie ein wesentlicher industrieller Energie- und Stromverbraucher. Schließlich hat in wichtigen Bereichen Strom auch die Funktion eines Chemierohstoffs, z.B. bei Elektrolyse, Elektrooxidation usw.

Die bayerische chemische Industrie bekennt sich zu einem nachhaltigen Klimaschutz und unterstützt die nationalen und internationalen Bemühungen durch erhebliche eigene Anstrengungen und mit ihren innovativen Produkten.

Bayern ist heute mit ca. 60 % Kernkraft und fast 20 % Wasserkraft ein in Bezug auf die Stromerzeugung praktisch CO₂-freies Land. Es ist deshalb inakzeptabel, dass Bayern in Zukunft gewissermaßen als äquivalenten Ersatz für die abzuschaltenden Kernkraftwerke die dann fehlenden CO₂-Emissionsrechte zukaufen soll - mit entsprechenden Belastungen für die Wirtschaft über den Strompreis. Diese Mehrkosten und die Vernichtung von ca. 30 Mrd. € des bayerischen Anlagevermögens der heute in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke sind vor dem Hintergrund der gegenwärtigen dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verantwortbar.

Ferner sieht die bayerische chemische Industrie in der zukünftigen Versorgungssicherheit ihrer sensiblen High-tech-Anlagen ein besonders ernstes Problem. Durch den drohenden Ausstieg aus der Kernenergie ist für die bayerische chemische Industrie der größte Teil ihrer benötigten Grundlastversorgung bedroht. Ein Ersatz über verbrauchsnahe Erzeugung in modernen Kohlekraftwerken (die wirtschaftlichste Alternative) ist in Bayern nicht in Sicht. Auch wegen der unsicheren Verfügbarkeit der Windenergie sind Kraftwerksneubauten auf Basis fossiler Energieträger aber dringend erforderlich. Diese sind im gesamten Bundesgebiet ebenso wie der dringend notwendige Ausbau der Höchstspannungsnetze zum Stromtransport in Verzug. Bis zum geplanten Ende der Kernenergie kann deshalb auch durch einen verbesserten Energieaustausch zwischen Nord und Süd keine Entlastung für die Situation in Bayern erwartet werden.

Die weiter steigenden Kosten für Kraft-Wärmekopplung, die Versteigerung der Emissionszertifikate und die durch mit den erneuerbaren Energien verbundenen Sekundärkosten für Netzausbau und Veredelung gefährden zusätzlich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven chemischen Industrie in Bayern. Vor diesem Hintergrund fordert die bayerische chemische Industrie realistische, praxisnahe Lösungen für eine wettbewerbsfähige Energiezukunft in den nächsten 15 bis 20 Jahren. Die erneuerbaren Energien sind weiterzuentwickeln, jedoch ausgeprägter als bisher bei Forschung und Entwicklung sowie dem vorrangigen Ziel, die Technik so schnell wie möglich in die Wirtschaftlichkeit zu überführen.

Die Laufzeiten der Kernkraftwerke müssen so lange verlängert werden, bis andere nachhaltige Technologien der Energieerzeugung die Grundlastlücke schließen und Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Stromqualität gewährleisten können. Alle Maßnahmen sind zu unterlassen, die zu Strompreisanstiegen führen.

Wenn es erforderlich ist, muss der Neubau von fossilen Kraftwerken und Hochspannungsleitungen wegen der größeren Flexibilität und der unabhängig gebotenen Versorgungssicherheit forciert werden, ohne die Mehrkosten einseitig den Verbrauchern in Bayern aufzuerlegen.

In einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Energiemix dürfen keine heutigen oder zukünftig zu entwickelnden Energieformen ausgeschlossen werden.

Gremien 2007/2009

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Hans Seidl, Grünwald
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Rudolf Staudigl, München (Vorsitzender)
Dr. Günter von Au, München
Dr. Aldo Belloni, München
Dr. Arno Deger, Penzberg (bis April 2009)
Albert Franz, Obernburg
Peter Kurz, Fürth
Dr. Peter Umfug, München

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)
Dr. Josef Ertl, Ismaning
Stefan Greger, Trostberg
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Heinz Löhr, Vohburg
Anton Schilcher, Nürnberg (bis Dez. 2008)
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dr. Alois Virag, Burghausen
Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München (bis März 2008)

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Ass. Walter Vogg, München (Vorsitzender)
Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf
Anke Baumecker, Trostberg (bis Dez. 2008)
Harald Bräuning, Velden
Robert Brüstl, Gersthofen
Dr. Heinrich Dageförde, Langweid (bis Dez. 2008)
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig
Dr. Guy Gansfort, Ismaning
Lothar Heißenberg, Haar
Klaus Holz, Bobingen
Heinz Jahreiß, Bad Berneck
Karola Japke, Bobingen (bis Dez. 2008)
Heribert Kahlert, Nürnberg (bis Sept. 2008)
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl
Dipl.-Oec. Peter Knoll, Fürth
Ludger Markmann, Neu-Ulm
Matthias Matz, Vohburg
Volker Mletzke, München
Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Pullach (bis Dez. 2008)
Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Dr. Bert Raeymaekers, Burgkirchen (bis Sept. 2007)
Dipl.-Päd. Josef Reil, Burgkirchen
Dr. Harald Schloßmacher, München
Hans-Jörg Schneider, Burgkirchen
Peter Schröder, Poing
Mathias Siebe, Hallstadt
Barbara Strasser, Obernburg
Dipl.-Ing. Hermann Wick, Töging (bis März 2008)
Ass. Gerd Winnefeld, Burghausen
Engelbert Zehentmaier, Burghausen
Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München (bis März 2008)

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg
Dr. Josef Ertl, Ismaning
Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München (bis Okt. 2008)
Dr. Bernhard Hofmann, Trostberg/
Ludwigshafen
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Anton Schilcher, Nürnberg (bis Dez. 2008)
Dr. Wolfgang Schnell, München
Dipl.-Kfm. Arne Schulle, Unterschleißheim
Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dr. Alois Virag, Burghausen
Dipl.-Kfm. Martin Weichselgartner, Trostberg
Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg
Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf
Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München (bis März 2008)

Beirat (VCI-LV)

Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach
Dr. Peter Heinrich, Martinsried (bis April 2009)
Dipl.-Chem. Manfred Hoffmann, Neuburg
Dr. Hermann-Josef Korte, Trostberg
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Dr. Gerhard Lobmaier, Illertissen
Dr. Thomas Schnell, München
Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dr. Alois Virag, Burghausen
Dr. Hans-Jürgen Wernicke, München

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)
Dr. Hans Baur, München
Dr. Friedhelm Finke, Icking
Dr. Helmut Gruber, Burghausen
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus
Dr. Fritz Hartl, Gräfenberg
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach
Dr. Werner Kalb, München
Dr. Jürgen F. Kammer, München
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald †
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg
Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Walberberg
Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking
Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Arbeitskreis / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI) Dr. Michael Wieser, Burghausen
Umweltfragen (VCI-LV) Dr. Willi Kleine, Burghausen
Energiepolitik (VCI-LV) Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Öffentlichkeitsarbeit (VCI-LV) Dr. Arno Deger, Penzberg (bis April 2009)
Forschung (VCI-LV) Dr. Hans-Jürgen Wernicke, München

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dr. Hans Dieter Braun, Stulln

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

Geschäftsführung (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):
Ass. Stefan Mößner
Franz Xaver Völkl

Geschäftsführer (VCI-LV):
Dr. Josef L. Geller

Referenten (VBCI):
Ass. Peter Fürnthaler
Tobias Gotthardt
Ass. Christiane Hönig-Achhammer
Ass. Holger Kaiser
Ass. Ursula Saupp
Robert Schuder



JAHRESBERICHT 2008/2009

Verein der
Bayerischen
Chemischen
Industrie e.V.
VBCI

Verband der
Chemischen
Industrie e.V.
Landesverband
Bayern

Innstraße 15, 81679 München
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33
vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de
www.die-bayerische-chemie.de